

Nichts Neues aus Schweden?

Wer in Schweden 61 von 70 Jahren die Regierungsmehrheit behaupten konnte, kann nach aller Wahrscheinlichkeit die wohlbegründete Hoffnung auf weitere Amtsjahre hegen.

So war es für die meisten Außenstehenden auch keine sonderliche Überraschung, dass nach den Wahlen vom 15. September 2002 Göran Persson erneut zum Ministerpräsidenten Schwedens wiedergewählt wurde. Gleichwohl waren der Ausgang der Wahlen letztlich überraschend und die Wochen danach dramatisch.

Noch im Sommer, wenige Monate vor den Wahlen im September, sahen – anders als in Deutschland – die Sozialdemokraten wie der sichere Sieger aus. Ihr Spitzenmann Persson war, gestärkt durch sein Verhalten nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 und seine Rolle während der schwedischen EU-Präsidentschaft, national wie international als besonnener Staatsmann anerkannt. Im Lande selbst galt er als ausgleichend und Garant sozialer Stabilität, bei moderater Modernisierung des traditionellen schwedischen Wohlfahrtssystems. Persson gelang es, die Staatsfinanzen zu stabilisieren und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Dank des dadurch neugewonnenen Ansehens hatten sich die Sozialdemokraten von dem Ausgang der Wahl von 1998 erholt, die ihnen ihr schlechtestes Ergebnis seit 1920 beschert hatte.

So steuerten sie zwar ohne ein zentrales Wahlkampfthema, aber selbstbewusst und siegessicher in die letzten Monate der Kampagne. Allein Personen

Nach Jahrzehnten sozialdemokratischer Herrschaft in Schweden ist Ministerpräsident Göran Persson, der besonders durch sein Verhalten nach dem 11. September 2001 sowie während der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft den Ruf eines respektablen Staatsmannes erwarb, am 15. September 2002 erneut zum Regierungschef gewählt worden. Überrascht hat der klare Sieg Perssons niemanden, konnte doch die bürgerliche Opposition aus konservativen „Moderaterna“, Christdemokraten, Liberalen und Zentrum weder durch ein zündendes Wahlkampfthema oder überzeugende Antworten auf die in der Tat drängenden sozialpolitischen Aufgaben im Lande punkten noch durch eine besondere Ausstrahlung ihres Spitzenkandidaten Bo Lundgren. Dessen Chancen schwanden bereits lange vor der Wahl, als die fehlende programmatische Kohärenz des Oppositionsbündnisses mehr und mehr zu Tage trat, so dass der Wahlsieger Persson nun über eine komfortable Mehrheit verfügt, mit der er die anstehenden Aufgaben, beispielsweise die Integration Schwedens in die Euro-Zone, zügig vorantreiben kann.

sollten zählen: „Wer wird der Ministerpräsident, der neue Außenminister oder der Finanzminister?“, fragte Persson die Zuhörer seiner Wahlveranstaltungen und der TV-Duelle, und stellte damit auf eine offenkundige Schwäche der Opposition ab, die sich noch nicht auf gemeinsame Kandidaten für die Spitzenpositionen hatte verständigen können.

Die Sozialdemokraten, bislang parlamentarisch von der Linkspartei, den früheren Kommunisten, und den Grünen unterstützt, wollten eine eigene Mehrheit, zumindest aber die Fortsetzung des Status quo. Dagegen machten Linkspartei und Grüne deutlich, dass sie eine Regierungsbeteiligung anstrebten, und darüber hinaus auch Veränderungen bei der Familienpolitik und der Haltung zur Atomenergie.

Das „bürgerliche Lager“ aus Moderaterna (Konservativen), Christdemokraten, Liberalen und dem Zentrum konnte sich nach zähem Ringen erstmals auf ein Wahlbündnis verständigen, das sogar seinen werblichen Ausdruck in gemeinsamen Broschüren mit den Konterfeis der vier Parteivorsitzenden fand. Allerdings gelang es ihnen nicht, ein wirklich zündendes Thema gemeinsam in den Wahlkampf einzuführen.

■ Das „bürgerliche Lager“ aus Moderaterna (Konservativen), Christdemokraten, Liberalen und dem Zentrum konnte sich nach zähem Ringen erstmals auf ein Wahlbündnis verständigen, das sogar seinen werblichen Ausdruck in gemeinsamen Broschüren mit den Konterfeis der vier Parteivorsitzenden fand. Allerdings gelang es ihnen nicht, ein wirklich zündendes Thema gemeinsam in den Wahlkampf einzuführen.

■ Das Programm der Moderaterna

Die Moderaten, die seit August 2001 fast sieben Millionen Euro für eine Image-Kampagne aufgewendet hatten, die ihr Profil als kaltherzige Marktwirtschaftler und als Partei der Reichen und Gutausgebildeten zu korrigieren versuchte, setzten vor allem auf Wirtschaftsthemen und die erdrückende Steuerlast in Schweden. Mit ihrem Wahlkampf mussten sie versuchen, 1,7 Millionen ihrer früheren Wähler zurückzugewinnen und dazu den Sozialdemokraten 300 000 Wähler abzunehmen.

Acht von zwölf Monaten, so sagten sie, müsse ein Schwede für Steuern und Abgaben arbeiten, allein sechs von zehn Kronen für Steuern aufbringen. Damit liege das Land weltweit an der Spitze. Dies raube den Menschen die Möglichkeiten zur freien Selbstbestimmung.

Und in der Tat: Die Mehrwertsteuer liegt bei stolzen 25 Prozent, die Grundsteuer, die auf dem Marktwert des Grundstückes basiert, vertreibt viele Men-

schen aus ihren Häusern. Wenn der Nachbar einen hohen Verkaufserlös erzielt, steigt zugleich der Wert der umliegenden Häuser und damit die Steuerlast.

Die Konservativen wollen deshalb diese Steuer abschaffen – die Linken nennen dies eine Politik für die Reichen.

Das auch aus Deutschland bekannte Syndrom von hohen Steuern und Abgaben, überbordender Bürokratie und einem kaum noch finanzierbaren Sozialsystem hat viele Unternehmen aus Schweden abwandern lassen. Zählt man Kleinbetriebe und die Übernahme schwedischer Firmen durch internationale Konsortien hinzu, verliert das Land täglich im Durchschnitt zwanzig Unternehmen. Prominentes Beispiel für diese Tendenz ist IKEA, das sein Finanzzentrum nach Holland und wichtige Teile der Produktion nach Kopenhagen verlegt hat.

Ausländische Experten sind unter diesen Bedingungen kaum noch bereit, in Schweden zu arbeiten. Viele nehmen nur noch Tätigkeiten an, bei denen ihnen der Arbeitgeber die Übernahme der Steuern vertraglich garantiert. Die Regierung hat sich vor diesem Hintergrund und unter dem Druck der Industrieverbände dazu entschlossen, Fachkräfte aus dem Ausland nur mit einem reduzierten Steuersatz zu belegen.

Bei der Wirtschaftsentwicklung ist das Land nach dem OECD-Report vom vierten Platz auf Rang 17 gerutscht, die ausländischen Investitionen in Schweden haben den geringsten Stand seit Jahren erreicht. Und selbst die Regierung prognostiziert, dass das Wirtschaftswachstum 2003 unter dem EU-Durchschnitt liegen dürfte.

Vor diesem Hintergrund haben die Moderaten Steuerentlastungen von umgerechnet 1,4 Milliarden Euro vorgeschlagen. „Jeder, der arbeitet, soll bis zu 50000 Kronen steuerfrei verdienen können“, heißt es in ihrem Wahlprogramm. Das entspricht ca. 5420 Euro. Für jedes Kind wird ein Freibetrag von umgerechnet 1625 Euro in Aussicht gestellt. Die umstrittene Grundsteuer soll nach Auffassung der Partei ganz abgeschafft werden. Insgesamt, so sagen die Moderatena, würde ihr Programm zur Steuerentlastung und Wachstumsbelebung dazu führen, dass „Ihre Familie jeden Monat 20000 Kronen mehr im Geldbeutel haben könnte“, das wäre ein Betrag von 2160 Euro.

■ Bei der Wirtschaftsentwicklung ist das Land nach dem OECD-Report vom vierten Platz auf Rang 17 gerutscht, die ausländischen Investitionen in Schweden haben den geringsten Stand seit Jahren erreicht. Und selbst die Regierung prognostiziert, dass das Wirtschaftswachstum 2003 unter dem EU-Durchschnitt liegen dürfte.

Eine „Vision“ brauche Schweden jetzt, es könne so nicht weitergehen. „Das Schweden der Zukunft wird das beste Klima für Unternehmertum in ganz Europa haben, Schulen und Universitäten auf höchstem Niveau im Weltmaßstab, und ein System der sozialen Absicherung, das dem Einzelnen Sicherheit und auch Wahlmöglichkeiten bietet. Schweden wird führend sein, was Wissenschaft und Technik anbelangt. Wir werden an der Spitze liegen in IT und Biotechnologie. Unser Land wird offen sein für die Welt um uns herum; wir werden zu einem konstruktiven Partner in Europa, der sich am Lauf der EU voll beteiligt.“

„Ziel von Demokratie“, so heißt es weiter im Programm der Konservativen, „ist Freiheit. Demokratie wurde dazu erschaffen, die Rechte und Vorrechte des Einzelnen vor der unberechenbaren Staatsmacht zu schützen. Dieses Ziel ist auch heute von großer Wichtigkeit, wo die Freiheit von vorlauten Politikern und Bürokraten bedroht ist, die in alles ihre Nase stecken wollen. So wie alle andere muss auch Politik ihre Grenzen haben. Es ist nicht alles nur Politik, und manche Dinge können nicht durch politische Entscheidungen gesteuert werden. Auf vielen Gebieten soll sich die Politik zurückziehen und Ihrer Freiheit und der Freiheit anderer Raum lassen.“

■ Die Politik für weniger Staat und ein Mehr an individuellen Wahlrechten sollte nach Auffassung der Moderaterna auch für jenen Teil des schwedischen Systems gelten, mit dem das Land weltweit einen Markennamen erworben hat – das Modell des Wohlfahrtsstaates.

Diese Politik für weniger Staat und ein Mehr an individuellen Wahlrechten sollte nach Auffassung der Moderaterna auch für jenen Teil des schwedischen Systems gelten, mit dem das Land weltweit einen Markennamen erworben hat – das Modell des Wohlfahrtsstaates. Es sei nicht nur längst völlig unbezahlbar geworden, sondern funktioniere auch nicht mehr. Zwar würden Steuern und Abgaben auf einem extrem hohen Niveau erhoben, die Gegenleistung aber bleibe mittlerweile aus.

Und in der Tat zeigen sich gravierende Schwächen bei den öffentlichen Dienstleistungen. So fehlen dem Gesundheitssystem die finanziellen, personellen und technischen Mittel, um dem Bedarf der Patienten zu entsprechen. Mehr als 50 000 Menschen warten im Schnitt auf eine Behandlung, Wartezeiten von mehr als einem Jahr sind keine Ausnahmen. In eiligen Fällen werden Akutpatienten in Nachbarländer ausgeflogen, weil sie die erforderliche Behandlung in eigenen, schwedischen Krankenhäusern nicht fristgerecht erhalten können.

Im Pflegebereich und bei der Betreuung älterer Menschen fehlen Schwestern und Betreuer; zum Teil müssen Kräfte aus asiatischen Ländern angeworben werden.

In einer der kurzen Regierungszeiten unter Führung der Konservativen hat der damalige Bildungsminister Per Unkel, später Fraktionsvorsitzender der Moderaterna im schwedischen Parlament, ein System eingeführt, das erstmals Wettbewerb in das Schulwesen brachte und eine quantitative wie qualitative Ausweitung zur Folge hatte: Unkel garantierte privaten Schulbetreibern die gleiche Finanzförderung pro Schüler, wie sie staatliche Schulen erhalten. Zugleich wurde ihnen freigestellt, über Tarifstrukturen und Arbeitszeiten direkt mit Lehrerverbänden und Gewerkschaften zu verhandeln. Dieses Modell, von den Sozialdemokraten zu Anfang heftig angegriffen, führte zu einer dynamischen Entwicklung im schwedischen Schulwesen, wenngleich die profitablen Privatschulen mehr in den Städten und Ballungsgebieten anzutreffen sind als in den dünnbesiedelten Regionen des Landes.

Dass die Bildungspolitik gleichwohl im Wahlkampf 2002 wieder eine Rolle spielte, hat auch mit einer Austrocknung der staatlichen Mittel für die Privatschulen zu tun. Damit einher gehen Klagen über das sinkende Ausbildungsniveau an den schwedischen Schulen und die hohe Zahl von Schulabgängern ohne ausreichende Qualifikation.

Umstritten ist auch jener Teil sozialdemokratischer Bildungspolitik, der die Schüler in den Anfangsjahren ohne Bewertung durch Zeugnisse lässt. Spätestens ab der 6. Klasse, so meinen es die Parteien des bürgerlichen Verbundes, sollten Eltern und Schüler wissen, wie der Leistungsstand in den Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen durch die Lehrer eingeschätzt wird.

Zu den Themen, die die Konservativen in einen thematisch dümpelnden Wahlkampf einzuführen suchten, gehörte schließlich auch die Kriminalitätsbekämpfung. Die Menschen in Schweden seien heute gefährdeter, die Zahl der Verbrechen steige immer weiter an und ihre Durchführung werde rücksichtsloser und brutaler.

Seit 1995 ist die Zahl der Polizisten um 1500 zurückgegangen, auf dem Lande dauert es zum Teil

■ Zu den Themen, die die Konservativen in einen thematisch dümpelnden Wahlkampf einzuführen suchten, gehörte auch die Kriminalitätsbekämpfung. Die Menschen in Schweden seien heute gefährdeter, die Zahl der Verbrechen steige immer weiter an und ihre Durchführung werde rücksichtsloser und brutaler.

■ Mit ihrer Imagekampagne, einem modernen, in der werblichen Anmutung indes kühl wirkenden Wahlkampf, der auf die Themen Steuerentlastung, Wirtschaftswachstum, Schule, Gesundheit und Kriminalitätsbekämpfung setzte, wollten die Konservativen es diesmal schaffen. Nicht setzen konnten sie dabei auf hohe Umfragewerte ihres Spitzenkandidaten Bo Lundgren, aber sie hofften zumindest, mit seiner Sachkompetenz zu punkten.

Stunden, bis man die nächste Polizeiwache erreicht. Nur noch ein Verbrechen von vieren werde aufgeklärt. Deshalb sprechen sich die Moderaten für eine Erhöhung der Zahl der Polizisten von heute 16000 auf 20000 aus sowie für eine zügige Bestrafung von Ersttätern.

Mit ihrer Imagekampagne, einem modernen, in der werblichen Anmutung indes kühl wirkenden Wahlkampf, der auf die Themen Steuerentlastung, Wirtschaftswachstum, Schule, Gesundheit und Kriminalitätsbekämpfung setzte, wollten die Konservativen es diesmal schaffen. Nicht setzen konnten sie dabei auf hohe Umfragewerte ihres Spitzenkandidaten Bo Lundgren, aber sie hofften zumindest, mit seiner Sachkompetenz zu punkten.

Zu den Pfunden, mit denen sie wuchern konnten, zählte ihre starke Stellung als Großstadtpartei und das Modell Stockholm, das beispielhaft auch dem Rest des Landes demonstrieren sollte, wofür die Moderaterna stehen.

In der Hauptstadt leben 22 Prozent der schwedischen Bevölkerung und die Partei hat bei den letzten Kommunalwahlen mit 36 Prozent ein deutlich besseres Ergebnis erzielt als bei den gleichzeitigen Wahlen zum Reichstag. Diesmal sollte der erfolgreiche Kurs in Stockholm, repräsentiert auch durch eine junge Spitzenkandidatin, die mit hoher Präsenz in den Medien zusätzliche Aufmerksamkeit schuf, den Auftrieb der Partei im ganzen Land beflügeln. Die Stockholm-Koalition aus Liberalen, Christdemokraten und einem Bürgerblock, angeführt von den Moderaterna, hatte die Misere bei den öffentlichen Dienstleistungen entschlossen angepackt. Die Ausgabe von Schulvouchern und das Wahlrecht für Eltern und Lehrer zwischen privaten und öffentlichen Schulträgern, die Privatisierung eines Unfallkrankenhauses, Maßnahmen für alte Menschen, der Verkauf von Sozialwohnungen an ihre Mieter – all dies sind Beispiele für ein teilweise radikales Umsteuern in einem pflegemathisch und träge gewordenen Wohlfahrtsstaat.

■ Bewegungslosigkeit

Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik waren keine Themen, die die sommerliche Wahlkampfidylle hätten trüben können. Auch parteitaktische Erwägungen spielten eine Rolle dabei, dass niemand eine De-

batte lostreten wollte, bei der es keine Sieger geben konnte. Der Beitritt zur Euro-Zone soll Gegenstand eines Referendums werden – so weit, so gut. Die Sozialdemokraten unter Göran Persson – beim Euro intern gespalten und dazu mit den Grünen im Nacken, die einen Beitritt zur EMU ablehnen – hatten frühzeitig zu erkennen gegeben, dass wohl im September 2003 eine Volksabstimmung durchgeführt werden sollte. Der bürgerliche Block wollte dies im Falle eines Wahlsieges schon im März oder April erledigt sehen, weil man untereinander in der Sache uneins war, und einen Streit, bevor er richtig entflammt wäre, lieber dem Wähler als Schiedsrichter präsentiert zu sehen wünschte.

Gleiches gilt für eine mögliche NATO-Mitgliedschaft. Ein klares Ja dazu war nur von den Liberalen zu hören, nach den Umfragen gibt es unter den Wählern der Moderaterna die höchste Zustimmung.

Je länger der Wahlkampf dauerte, um so mehr zeigte sich trotz allen Bemühens um eine neue Geschlossenheit, dass der bürgerliche Block in vielen Fragen kein einheitliches Konzept in der Sache hatte. Die Medien griffen diese Dissonanzen begehrllich auf und verstärkten sie. Dies galt insbesondere für unterschiedliche Positionen zwischen Christdemokraten und Liberalen zur Zukunft des Sozialstaates, Kinderbetreuung, aber auch Fragen wie der Besteuerung von Zinsgewinnen. Eine gemeinsame Plattform zur Familienpolitik scheiterte an vermeindlich unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten.

In Wahrheit aber war jede der vier Parteien um die Bewahrung eines eigenen Profils bemüht, und es gelang ihnen dabei nicht, signifikant in das Lager der Wähler der Sozialdemokraten einzubrechen. Die Meinungsumfragen zeigten kaum Veränderungen zwischen beiden Blöcken, lediglich innerhalb der Blöcke. Den Strategen von Moderaten, Christdemokraten, dem Zentrum und den Liberalen war es erkennbar nicht möglich, dieser Form von politischem Kannibalismus ein wirksames Konzept entgegenzusetzen.

Gegen Ende der Kampagne zeigte sich immer mehr, dass die Moderaten ihr Ziel verfehlen würden, besser abzuschneiden als bei den Wahlen zuvor. Das Thema der Steuerentlastungen verfehlte die gewünschte Wirkung. Die Schweden, so sagt es der Kommentator der Zeitung *Weekendavisen*, wollen

■ Je länger der Wahlkampf dauerte, um so mehr zeigte sich trotz allen Bemühens um eine neue Geschlossenheit, dass der bürgerliche Block in vielen Fragen kein einheitliches Konzept in der Sache hatte. Die Medien griffen diese Dissonanzen begehrllich auf und verstärkten sie.

„zuerst Sicherheit. Deshalb entscheiden die Gesundheitsversorgung, das Sozialsystem und die Bildungspolitik darüber, wem sie ihre Stimme geben“. Trotz aller Kritik an dem bestehenden System waren ihnen die Alternativen, die die Konservativen anboten, nicht geheuer. Sie passen (noch) nicht in die Traditionen eines Landes, in dem die Sozialdemokratie bis ins letzte Dorf hinein verwurzelt ist und Vertrautheit, Sicherheit und Heimat symbolisiert.

■ Verwirrende Umfrageergebnisse

■ Bo Lundgren, der engagierte und sachkundige Vorsitzende der Konservativen, konnte zu keinem Zeitpunkt an die Umfragewerte von Göran Persson herantreten, er wirkte bei seinen Fernsehauftritten kühl und uncharismatisch und unterstrich damit noch zusätzlich den Eindruck der Wahlkampagne seiner Partei.

Bo Lundgren, der engagierte und sachkundige Vorsitzende der Konservativen, konnte zu keinem Zeitpunkt an die Umfragewerte von Göran Persson herantreten, er wirkte bei seinen Fernsehauftritten kühl und uncharismatisch und unterstrich damit noch zusätzlich den Eindruck der Wahlkampagne seiner Partei.

Wenn Lundgren gleichwohl bis in die letzten Stunden des Wahlkampfes mit der Möglichkeit rechnete, doch noch Ministerpräsident Schwedens werden zu können, so hing dies vornehmlich mit den konfusem und widersprüchlichen Umfrageergebnissen zusammen, von denen täglich manchmal zwei die Parteien und die Öffentlichkeit verwirrten. Übereinstimmend aber signalisierten sie ein stetiges Anwachsen der Zustimmung zu den Liberalen, deren Gewinne das bürgerliche Lager plötzlich auf eine Ebene mit dem Linksbündnis brachten. Auch zeigten die Umfragen, dass das Ansehen Perssons zu bröckeln begann. Sogleich sanken die Zustimmungsraten für die Sozialdemokraten – Folge eines weitgehend inhaltsarmen, nur auf die Person des Ministerpräsidenten abgestellten Wahlkampfes.

Was war die Ursache? Die Liberalen hatten sich eines Themas angenommen, das eigentlich als Tabu galt, gleichwohl aber – wie schon in Dänemark zuvor – bei den Wählern eine wichtige Rolle spielte. Die Rede ist von Immigration und Integration. Dabei haben sie es geschickt verstanden, die Fehler zu vermeiden, die den Konservativen Stimmenverluste eingebracht hatten, als sie im Wahlkampf 1997 das Thema einbrachten. Sie haben – unter Bewahrung der liberalen Asyl- und Einwanderungspraxis, für die Schweden seit Olaf Palme steht, durch das Verlangen nach Sprachtests für Einwanderungswillige eine breite Zu-

stimmung erhalten, und zwar von Befürwortern wie Gegner der generellen Asyl- und Einwanderungspolitik. Für die Einen waren Sprachtests kein gravierendes Abweichen vom bisherigen Kurs, sondern eine vernünftige Ergänzung, für die Anderen war es ein erster Schritt in Richtung einer Reform. Die Liberalen haben mit ihrem Vorstoß überrascht und sind zugleich damit ernstgenommen worden, weil sie stets zu den Befürwortern von Einwanderung und Asyl gehörten.

Eine unerfreuliche, möglicherweise entscheidende Wendung nahm die Diskussion über das Verhältnis zu Ausländern, als wenige Tage vor der Wahl das öffentliche Fernsehen Schwedens Kandidaten der Moderaterna für die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen zunächst mit versteckter Kamera und dann noch einmal mit offener Kamera „interviewten“. Beide Versionen wurden später im Fernsehen gezeigt. Die Abweichungen waren in einigen „Interviews“ so deutlich, die Sprache im verdeckt aufgenommenen Gespräch so deftig, dass der Parteivorsitzende Lundgren die betroffenen Kandidaten unverzüglich zum Rücktritt auffordern musste. Ausgerechnet von einem Abgeordneten aus seinem eigenen Wahlkreis ist ihm dies allerdings verweigert worden, was natürlich unverzüglich vom politischen Gegner als Führungsschwäche ausgelegt wurde.

■ Der 15. September

Gleichwohl: Die Wahlen waren wieder spannend geworden, und am 15. September, dem Wahltag, traf eine Gruppe von EVP-Vertretern auf einen Herausforderer Bo Lundgren, der mit einiger Zufriedenheit von einem gerade mit Göran Persson geführten Telefonat berichtete, in dem dieser bereits Möglichkeiten einer Zusammenarbeit andeutete.

Am Ende des Abends hatten sich die Erwartungen und Hoffnungen des Mitte-Rechts-Bündnisses aber nicht nur nicht erfüllt, sondern in ihr krasses Gegenteil verkehrt.

Die Moderaterna erzielten mit 15,1 Prozent und einem Verlust von 7,6 Prozent nicht nur ihr bislang schlechtestes Ergebnis, sondern verloren zur allgemeinen Überraschung auch noch ihre Bastion Stockholm an die Sozialdemokraten. Diese kündigten unverzüglich ein Ende der Privatisierungen und die Erhöhung der kommunalen Steuern an.

■ Die Moderaterna erzielten mit 15,1 Prozent und einem Verlust von 7,6 Prozent nicht nur ihr bislang schlechtestes Ergebnis, sondern verloren zur allgemeinen Überraschung auch noch ihre Bastion Stockholm an die Sozialdemokraten.

Der Wahlverlierer, Bo Lundgren, bot seinen Rücktritt an, wurde aber auf einem außerordentlichen Parteitag im November in seinem Amt bestätigt. Der Generalsekretär der Moderaterna, Johnny Magnusson, dem eine Mitschuld an dem Desaster gegeben wurde, trat ebenso zurück wie der Fraktionsvorsitzende Per Unkel, der durch den jungen Frederik Reinfeld ersetzt wurde.

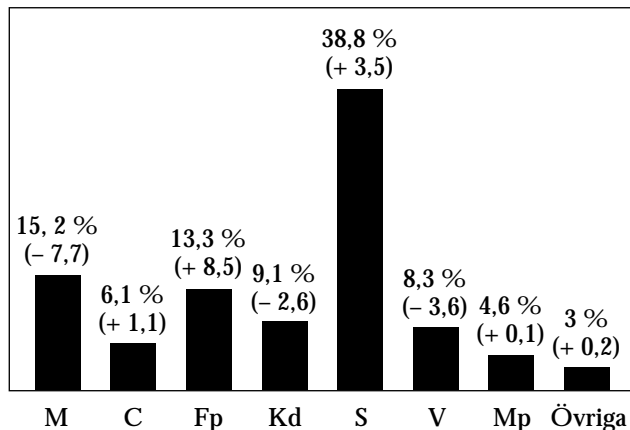
Die Christdemokraten konnten die überlegene Popularität von Alf Svensson, ihrem Vorsitzenden seit nunmehr fast 30 Jahren, nicht in Stimmengewinne umsetzen und büßten 2,6 Prozent ein. Gleichwohl war dies das bislang zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte.

Die Sozialdemokraten verbesserten sich gegen einige Voraussagen nicht nur um 3,4 Prozent auf insgesamt 39,9 Prozent, sondern sind nunmehr auch stärkste Partei bei den Arbeitnehmern.

Die Liberalen, die um ihr Überleben kämpften und eigentlich befürchteten, an der vier-Prozent-Hürde scheitern zu können, haben einen historischen Sieg errungen und konnten ihr bisheriges Ergebnis nahezu verdreifachen. Dabei haben sie vor allem von bisherigen Wählern der Konservativen profitiert, denen sie im Netto 3,6 Prozent abgenommen haben. Sie vertraten in vielen Fragen Positionen der Moderaterna, erschienen vielen Wählern aber offenbar attraktiver als das Original. Der Parteiführer, Lars Leijonborg, spielte eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Liberalen. Vor der Wahl noch als profillos und führungsschwach kritisiert, erschien er vielen Beobachtern am Ende der Kampagne als der charismatischste Wahlkämpfer.

■ Die Sozialdemokraten verbesserten sich gegen einige Voraussagen nicht nur um 3,4 Prozent auf insgesamt 39,9 Prozent, sondern sind nunmehr auch stärkste Partei bei den Arbeitnehmern.

■ Schaubild Wahlergebnis



Party	Votes	Per cent	Per cent +/-	Man- dates	Manda- tes +/-
M	791660	15,2	- 7,6	55	- 27
C	325393	6,1	+ 1,1	22	+ 4
FP	698969	13,3	+ 8,7	48	+ 31
KD	478415	9,1	- 2,6	33	- 9
S	2091499	39,8	+ 3,4	144	+ 13
V	437215	8,3	- 3,6	30	- 13
MP	240225	4,6	+ 0,1	17	+ 1
NBP	13880	0,2			
Others	154020	2,8	+ 0,3		

M Moderate Party, The Conservative Party (Moderata Samlingspartiet)

C Centre Party (Centerpartiet)

FP Liberal Party (Folkpartiet liberalerna)

KD Swedish Christian Democrats (Kristdemokraterna)

S Social Democratic Party (Sveriges Socialdemokratiske Arbetareparti)

V Left Party (Vaenstrepartiet)

MP Green Party (Miljoepartiet de Groena)

NBP The Norrbotten County Party

(Das Ergebnis wird hier mit nur einer Stelle hinter dem Komma mitgeteilt, wodurch eine Abweichung von 0,6 Prozent entsteht.)

■ Das Misstrauensvotum

Was im Wahlkampf an Spannung und Aufregung vermisst wurde, sollte nach der Konstituierung des neu gewählten Reichstages nachgeholt werden.

Die neue Wahlperiode des schwedischen Parlaments begann am 2. Oktober mit einem Misstrauensvotum, eingebracht vom Vorsitzenden der Konservativen, Bo Lundgren.

Vorausgegangen waren unerwartete Probleme für den am 15. September mit einem um 3,4 Prozent verbesserten Ergebnis aus den Wahlen zum schwedischen Reichstag gekommenen Ministerpräsidenten Göran Persson und seine Sozialdemokraten bei der Werbung um Unterstützung für eine neue Minderheitenregierung. Trotz eines nur marginalen Zugewinns von 0,1 Prozent wollten die Grünen, bislang

Was im Wahlkampf an Spannung und Aufregung vermisst wurde, sollte nach der Konstituierung des neu gewählten Reichstages nachgeholt werden. Die neue Wahlperiode des schwedischen Parlaments begann am 2. Oktober mit einem Misstrauensvotum, eingebracht vom Vorsitzenden der Konservativen, Bo Lundgren.

zusammen mit der Linkspartei Garant für die erforderlichen Mehrheiten der Regierung im Parlament, nicht mehr „uneigennützig“ Persson zur Hand gehen.

Wie bereits im Wahlkampf angekündigt, verlangten sie eine Beteiligung am künftigen Kabinett. Um zugleich den Druck auf Persson zu erhöhen, führten sie Verhandlungen auch mit dem Mitte-Rechts-Lager.

Persson hatte daraufhin die Gespräche mit den Grünen vorübergehend beendet. Angebote gäbe es erst dann, wenn die Grünen ihre Parallelgespräche aufgäben. Deren Vorsitzender Eriksson wiederum begründete die Gespräche mit den Bürgerlichen damit, dass die Sozialdemokraten nur die parlamentarische Unterstützung einforderten, ohne dafür etwas zu geben.

An den Verhandlungen mit den Grünen haben sich die Konservativen (Moderaterna) nicht beteiligt, die Zentrumspartei war zwischenzeitlich abgesprungen, weil sie zu große Unterschiede in den politischen Konzepten sieht.

Unter dem Druck der Ereignisse versuchte Ministerpräsident Persson nun die Grünen an den Verhandlungstisch zurückzuholen. Es sei halt, so sagte er, „manchmal wie in der Ehe“. Die Grünen sahen es dagegen wohl eher wie beim Pokern. Sie erklärten jedenfalls, eine Neuauflage der Gespräche gäbe es nur dann, wenn ein substantielles Angebot zur Beteiligung an der Regierung vorliege.

Die schwedische Verfassung gibt dem amtierenden Ministerpräsidenten eine starke Stellung. Er kann nur durch ein Misstrauensvotum, das die Mehrheit der Stimmen im Parlament findet, aus dem Amt gezwungen werden. Danach muss der Parlamentspräsident in Gesprächen mit den Fraktionen Mehrheiten für eine neue Regierung ausloten. Diese Rechtslage bringt zwar einigermaßen leicht eine Koalition gegen die gegenwärtige Regierung zusammen, nicht indes zugleich auch die Übereinstimmung zu Sach- und Personalfragen einer neuen Regierung.

Angesichts der Uneinigkeit des „Bündnisses gegen Persson“ und in Ermangelung einer ähnlich starken Integrationsfigur im bürgerlichen Lager war davon auszugehen, dass der neue Ministerpräsident wieder Persson heißen würde.

Und so geschah es auch. Mit 174 gegen 158 Stimmen wurde das Misstrauensvotum zurückgewiesen

■ **Angesichts der Uneinigkeit des „Bündnisses gegen Persson“ und in Ermangelung einer ähnlich starken Integrationsfigur im bürgerlichen Lager war davon auszugehen, dass der neue Ministerpräsident wieder Persson heißen würde. Und so geschah es auch**

und Bo Lundgren hatte zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit eine schwere Niederlage einzustecken. Die Grünen, deren Verhalten ihn erst ermutigt hatte, das zu versuchen, was die Wähler ihm verweigert hatten, hatten bei der Abstimmung leere Stimmzettel abgegeben.

■ Das 121-Punkte-Papier

Am Ende kehrten die Grünen auch ohne weitere Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurück. Sie mussten ihren Anspruch auf eine förmliche Regierungsbeteiligung und Sitze im Kabinett aufgeben, erhielten aber erstmals eine Reihe von höheren Beamtenpositionen in verschiedenen Ministerien. Das *Svenska Dagbladet* meinte dazu: „Dass eine kleine Partei wie die Grünen von nun an in einigen Ministerien mit vom Staat bezahlten Beamten vertreten ist, ist keinesfalls unwesentlich. Neben vertieften Einblicken in die Regierungsarbeit hat die Partei nunmehr Mitglieder, die hauptamtlich für die Ansichten der Grünen operieren können. Die Grünen, die als Partei gegen das Establishment gestartet waren, sind nun ein Teil davon geworden. Sie haben sich für eine professionelle Mitwirkung in der Politik entschieden und stehen damit jetzt den anderen Parteien gleich.“

Am 4. Oktober 2002 konnte Ministerpräsident Persson schließlich das Ergebnis langwieriger Verhandlungen mit der Linkspartei und den Grünen präsentieren. Das 121 Punkte umfassende Papier enthält viele Festlegungen zu Finanzfragen, Umwelt- und Sozialthemen, nichts indes zur EU oder zur schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Aufgenommen wurden auch Themen des Wahlkampfes wie der Abbau von Krankentagen, bei denen Schweden innerhalb der EU an der Spitze liegt. Diese zusätzliche Belastung für die schwedische Wirtschaft soll durch geeignete Maßnahmen gemildert und die Zahl der Krankentage von Arbeitnehmern bis 2008 um die Hälfte reduziert werden. Ob dies gelingt, bleibt fraglich. Experten schreiben den hohen Krankenstand jedenfalls auch dem Umstand zu, dass schwedische Arbeitnehmer im Schnitt älter sind und darüber hinaus die Zahl der Frauen unter den Erwerbstätigen ebenfalls über dem Durchschnitt in Europa liegt.

■ Die Sozialdemokraten haben Persson grünes Licht für die Durchführung eines Referendums zum Euro-Beitritt gegeben und festgestellt, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen, an die sie ein Referendum geknüpft hatten, erfüllt seien. Die Zeit sei jetzt reif für eine Entscheidung. Die Abstimmung steht nunmehr am 14. September an.

Unabhängig von demographischen Ursachen will die Regierung aber auch die Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall auf den Prüfstand stellen.

Die Grünen konnten sich mit Forderungen nach höheren Abgaben bei Umweltbelastungen, Energieverbrauch und für die Müllbeseitigung durchsetzen.

Die Sozialdemokraten haben Persson grünes Licht für die Durchführung eines Referendums zum Euro-Beitritt gegeben und festgestellt, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen, an die sie ein Referendum geknüpft hatten, erfüllt seien. Die Zeit sei jetzt reif für eine Entscheidung. Die Abstimmung steht nunmehr am 14. September an.

In der Zwischenzeit hat sich allerdings das Meinungsbild in der Bevölkerung dramatisch verändert. Während sich noch im September 2002 eine Mehrheit von Befragten für einen Beitritt zur EMU aussprach, drehte sich das Verhältnis im Dezember um: 41 Prozent wollten mit Nein und nur noch 36 Prozent mit Ja stimmen. Ministerpräsident Persson sagte dazu, Schweden können „nicht mit einem Nein leben“. Falls es dabei bleibe, müsse es ein neues Referendum geben. Diese Bemerkung und sein Zusatz, am Ende seien es womöglich nur noch Russland und Schweden, die nicht den Euro eingeführt hätten, hat Persson viel öffentliche Kritik eingebracht. Die Ankündigung einer weiteren Abstimmung, falls es beim ersten Mal nicht klappe, wurde von anderen Parteien und in den Medien als Arroganz ausgelegt.

Das Kabinett, das Göran Persson Ende Oktober 2002 vorstellte, sollte seinem Wunsch nach Erneuerung und Verjüngung Rechnung tragen. Einige Überraschungen waren auch dabei, die größte wohl bei der Berufung von Leni Bjoerklund zur Verteidigungsministerin. Sie war Generalsekretärin der Schwedischen Kirche, politisch und administrativ erfahren, allerdings neu auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik.

Persson hat es ferner für ratsam gehalten, einen seiner engsten Berater, Pär Nuder, zum Minister für Politische Koordination im Amt des Ministerpräsidenten zu berufen. Nuder wird damit eine wichtige Aufgabe für Persson wahrnehmen, über ihn will der Ministerpräsident sein Kabinett an kurzen Zügeln führen.

In einer vorsichtigen Balance von Euro-Skeptikern und -Befürwortern wurden mit Leif Pagrotsky als

Minister für Industrie, Arbeit und Kommunikation und mit Margareta Winberg als Stv. Ministerpräsidentin Kritiker eines Euro-Beitritts und mit Gunnar Lund, dem früheren Botschafter in Brüssel, ein klarer Befürworter zum Stv. Finanzminister, zuständig für die EMU, berufen.

Die weiteren Minister sind:

- Thomas Bodström, Justiz
- Anna Lindh, Auswärtiges
- Lars Engqvist, Gesundheit und Soziales
- Bosse Ringholm, Finanzen
- Thomas Östros, Erziehung und Wissenschaft
- Ann-Christin Nykvist, Landwirtschaft, Nah-
rung, Fischerei
- Marita Ulvskog, Kultur
- Lenna Sommestad, Umwelt

Personen und Inhalte der neuen Regierung werden – glaubt man den Meinungsforschern – positiv aufgenommen. So stieg die Zustimmung zu den Sozialdemokraten im Vergleich zur Wahl im September 2002 um 1,4 Prozent auf 41,3 Prozent. Alle anderen Parteien bewegten sich mit marginalen Abweichungen im Bereich der Wahlergebnisse.